

II-1896 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Wien, 11. Dezember 1972

Zl. 6735-Pr.2/72

837 /A.B.
 zu 839 /J.
 Präs. am 12. Dez. 1972

An die
 Kanzlei des Präsidenten
 des Nationalrates
 Parlament
W i e n 1.

Auf die Anfrage der Abgeordneten DDr. Neuner und Genossen vom 18. Oktober 1972, Nr. 839/J, betr. Weigerung des Bundesministeriums für Finanzen, der interamerikanischen Entwicklungsbank beizutreten, beehre ich mich mitzuteilen:

Die Interamerikanische Entwicklungsbank wurde am 30. Dezember 1959 gegründet und hat am 1. Oktober 1960 ihre Tätigkeit aufgenommen. Sitz der Bank ist Washington. Die Statuten der Bank sehen vor, daß nur regionale Länder Mitglieder werden können.

Um neben den Kapitalzeichnungen der Mitgliedsländer noch weitere Mittel für ihre Anleihtätigkeit zu erhalten, hat die Bank die Möglichkeit geschaffen, Kapital von industrialisierten europäischen Staaten zu erhalten. Dies geschah durch Aufnahme von langfristigen Anleihen auf den Kapitalmärkten dieser Länder sowie durch Errichtung eines Fonds, zu dem auch Nicht-Mitglieder Beiträge leisten können.

Österreich, das sich mit Rücksicht auf seine budgetäre Situation nicht in der Lage sah, Beiträge zu diesem Fonds zu leisten, hat der Interamerikanischen Entwicklungsbank seinen Kapitalmarkt geöffnet und ihr die Genehmigung erteilt, in den Jahren 1968, 1969 und 1971 drei Anleihen in Höhe von je 150 Mill. S zu begeben.

Auf Grund dieser Emissionen war es möglich, daß auch österr. Firmen zur Anboterstellung für von der Bank finanzierte Projekte zugelassen wurden und auch Aufträge erhielten.

Die Bank nimmt in Aussicht, ihre Statuten zu ändern, um auch nicht-regionalen Ländern die Mitgliedschaft zu ermöglichen. Zu diesem Zweck werden seit einiger Zeit Sondierungsgespräche mit europäischen Industriestaaten geführt, um deren Bereitschaft zu einem Beitritt kennenzulernen. Die Leitung der Bank hat auch bereits Vorschläge für die Kapitalbeteiligung nicht-regionaler

- 2 -

Mitglieder sowie für deren Vertretung im Gouverneursrat und im Direktorium gemacht, die aber in ihrer derzeitigen Form den in Frage kommenden Ländern nicht genug attraktiv erschienen. Das Bundesministerium für Finanzen vertritt zwar den Standpunkt, daß die budgetäre Lage und die sehr hohen Anforderungen von Seiten anderer internationaler Finanzinstitutionen (3. Wiederauffüllung der Mittel der IDA, Kapitalerhöhungen der Weltbank und der AEB) weitere finanzielle Belastungen, wie sie im Falle eines Beitrittes zur Interamerikanischen Entwicklungsbank entstehen würden, nur schwer verantworten lassen, hat aber in den letzten Monaten sowohl bilaterale Gespräche mit Vertretern der Bank geführt, als auch an einem Meinungsaustausch zwischen der Bank und europäischen Industriestaaten teilgenommen, der am 27.9.1972 in Washington stattgefunden hat. Bei dieser Besprechung zeigte es sich, daß die bedeutenderen europäischen Industriestaaten derzeit einem Beitritt eher ablehnend gegenüberstehen, sodaß die Kapitaluntergrenze für Zeichnungen nicht-regionaler Mitglieder und die Mindestanzahl von 8 Beitrittsländern vorderhand nicht erreicht werden könnte. Aus diesem Grunde wurde eine ursprünglich für November d.J. geplante nächste Besprechung mit möglichen Beitrittsländern auf das Frühjahr 1973 verschoben, um der Bank die Möglichkeit zu geben, bis dahin in bilateralen Gesprächen Fortschritte bei ihren Bemühungen um die Mitgliedschaft nicht-regionaler Länder zu erzielen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß derzeit die rechtlichen Voraussetzungen für einen Beitritt Österreichs zur Interamerikanischen Entwicklungsbank weder auf Seiten der Bank noch auf österreichischer Seite gegeben sind, daß keine formelle Anfrage der Bank wegen eines österreichischen Beitrittes vorliegt und von Österreich daher eine Mitgliedschaft bei der Bank auch nicht abgelehnt werden konnte.

Das Bundesministerium für Finanzen nimmt in Aussicht, auch zu den kommenden Besprechungen einen Vertreter zu entsenden und wird in der Zwischenzeit mit den übrigen für einen Beitritt in Frage kommenden Industriestaaten in Kontakt bleiben, um über deren Absichten informiert zu werden.

